

Mixed or unmixed?

Eine Kritik einkommensgemischter Wohnpolitiken anhand alltagsorientierter transdisziplinärer Wohnforschung

Marc Diebäcker

Dieser Beitrag stellt das Feld des Wohnens für eine Reflexion transdisziplinärer Stadt-
forschung in den Vordergrund, in welchem Lebenssituationen im Kontext ungleicher
Lebensbedingungen exemplarisch untersucht werden können. Dabei wird die disziplin-
übergreifende Rede vom »einkommensgemischten« bzw. »sozialdurchmischten« Wohnen
in der Stadt anhand ihrer revanchistischen, klassistischen und rassistischen Züge pro-
blematisiert. Gängige Thesen zu Segregation und Quartiereffekten werden zudem mit
Ergebnissen eines angewandten Forschungsprojekts zur Besiedlung und Belegung einer
sozialgeförderten Wiener Wohnhausanlage konfrontiert. Abschließend wird für eine
transdisziplinäre Stadtforschung argumentiert, die eine alltagsorientierte Perspektive
nutzt, um aus der Position der problematisierten Anderen in raumrelationaler Hinsicht,
soziale Ungleichheit und Ausschließung in ihrer Analyse inkludieren zu können.

*Transdisziplinarität, Alltags- und Wohnforschung, Mixed-Income Housing, Terri-
toriale Stigmatisierung, Quartiereffekte, sozialer Wohnbau*

Einleitung: Wohnen und Wohnungslosigkeit als transdisziplinäres Feld der Stadtforschung

Die Stadt und das Leben in ihr als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklung ist seit der Antike Gegenstand philosophischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Die Verdichtung sozialer Beziehungen regte Denkerinnen und Denker unterschiedlichster Disziplinen an, über besondere Phänomene des Städtischen und seiner Relationen zu anderen Räumen zu forschen und Modelle zu entwickeln, wie denn »die Stadt« als Teil und Ganzes von Gesellschaft zu verstehen sei. Die unterschiedlich differenzierenden Blicke auf urbane Phänomene führten u.a. dazu, dass die Stadt nach innen in Teilräume unterscheiden wird und daher als ungleiches verwobenes Mosaik erscheint. Der analytische Blick auf besondere Begebenheiten verweist zugleich nach außen, über nationale Grenzen hinweg auch auf globale, hierarchisierte Netze, über die Ausbeutung organisiert und Ungleichheiten (re)produziert werden.

Stadtforschung steht also grundsätzlich vor der Herausforderung, dass einerseits die Stadt als Gegenstand mit ihren territorialen Grenzen geographisch bestimbar scheint, sie aber andererseits als städtischer Raum mit all ihren Phänomenen in Veränderung kaum begreifbar ist¹. In ihrer gesellschaftlichen Dichte repräsentiert Stadt symbolische, staatliche, administrative, wirtschaftliche, moralische, soziale oder wissenschaftliche Funktionen. Zugleich ist Stadt der Raum, in dem vielfältige Zirkulationen und Ordnungsprozesse von Bevölkerung stattfinden und konflikthafte soziale und ökonomische Verhältnisse urbane Realität strukturieren (Foucault 2006[1978]: 35ff). Das Erfassen des trügerisch so greifbaren Städtischen verläuft sich in Stadtforschungen häufig in einer Komplexität, in denen weder die Pfade der neoliberalen Stadt (Hackworth 2007) noch ihre Eigenlogiken (Löw 2018) als Gesamtbild beschrieben und differenziert werden können. Und doch scheint es für die Stadtforschung vielfach konstitutiv, ebendieses Wissen zu generieren, das auf das Besondere des Ganzen abzielt oder zumindest exemplarisch darauf hindeutet. Die Suche nach dem Städtischen als Ganzes vernachlässigt als erkenntnistheoretische Grundhaltung die Komplexität von städtischen Phänomenen, die mittels einer sinnverstehenden, auf Praxen fokussierte und »die unterschiedliche Verteilung von Lebenschancen je nach Stadt« (Löw 2018: 139) beachtenden Forschungsperspektive erschlossen werden können.

¹ Siehe dazu den Beitrag von Güntner & Hamedinger in diesem Band.

Angesichts dieser grundsätzlichen Herausforderung urbane Phänomene in ihrer Tiefe, in ihrer praxeologischen Bedeutung und in ihren relationalen, ungleichheitsbezogenen Strukturierungskräften verstehen zu wollen, ist eine transdisziplinäre Herangehensweise an urbane Phänomene für eine gesellschaftskritische Stadtforschung unausweichlich. Denn disziplinspezifische Forschungen bearbeiten Problemstellungen meist nur in einem homogenen Kommunikationszusammenhang, der der komplexen Verwobenheit städtischer Phänomene nicht gerecht wird. Disziplinspezifische Arbeiten nutzen einen akzeptierten Korpus an spezifischen Wissensbeständen, die am eigenen spezialisierten akademischen Feld und damit an Anforderungen etablierter Institutionen und ihrer prolongierten Karrierepfade ausgerichtet sind (Stichweh 2013), um Wissen zu produzieren. Oft ist das Identifizieren der Problemstellungen und relevanter Forschungsfragen derart eingegrenzt, dass eine übergreifende Debatte, geschweige eine tiefgehende Auseinandersetzung zwischen Disziplinen, wie Planung und Architektur, Volkswirtschaft und Soziologie, Politikwissenschaft oder Sozialarbeitswissenschaft äußerst begrenzt ist².

Eine transdisziplinäre Stadtforschung vermittelt einen hohen Anspruch an Forschungsvorhaben, soll doch idealtypisch bereits die Annäherung an das Forschungsfeld, die Entdeckung der Phänomene selbst und die Entwicklung von Forschungsfragen im Lichte unterschiedlicher disziplinärer Blickwinkel geschehen. Zudem stößt die disziplinübergreifende Zusammenarbeit an Grenzen, müssen doch unterschiedliche Wissensbestände und Kompetenzen verständlich und unterschiedliche Bestimmungen des Gegenstandes nachvollziehbar, oder auch forschungsethische Standards und Interpretationsweisen miteinander diskutierbar werden.

Vor diesem Hintergrund habe ich in diesem Beitrag das Feld des Wohnens als Beispiel für eine Reflexion transdisziplinärer urbaner Ungleichheitsforschung ausgewählt. Wohnen kann dabei als ein gesellschaftliches und politisches Feld verstanden werden, in dem Lebensführungen von Menschen im Kontext ungleicher Lebensbedingungen exemplarisch untersucht werden. In einem ersten Schritt wird die disziplinübergreifende Rede vom »einkommensgemischten« bzw. »sozialdurchmischten« Wohnen in der Stadt reflektiert, um vor ihrer klassistischen und rassistischen Prägung zu warnen sowie

² Umso erfreulicher, dass die Sektion Stadtforschung der ÖGS und die Herausgebenden dieses Bandes solche Herangehensweisen versammeln, die inter- und transdisziplinäre sowie oftmals marginalisierte Zugänge zur Stadtforschung abbilden.

eine stärkere Alltagsorientierung in der transdisziplinären Stadtforschung einzufordern. In einem zweiten Schritt werden anhand von Ergebnissen eines angewandten Wohnforschungsprojekts zur Besiedlung und zur sozialgeförderten Belegung einer Wiener Wohnhausanlage (Diebäcker et al. 2020) einige Thesen zu Quartierseffekten und ihren sozialen Implikationen diskutiert und in Frage gestellt. Die in vielerlei Hinsicht heterogenen Bewohnerinnen- und Bewohner können nämlich mit Blick auf niedrige Einkommen als ›homogen‹ bezeichnet werden, ihre sozialen Beziehungen und Netzwerke entsprechen einer typischen urbanen Wohnsituation und widersprechen damit gängigen Diskreditierungen von Armut und residentieller Segregation. Abschließend werden einige Anforderungen für eine transdisziplinäre Wohnforschung formuliert, wenn sie sich als gesellschaftskritische, urbane Ungleichheitsforschung im Feld des Wohnens positionieren möchte.

Die Rede von ›sozialer Durchmischung‹. Territoriale Stigmatisierung im Kontext klassistischer und rassistischer Argumentationsmuster

Das vielerorts präferierte Ideal einer ›sozialdurchmischten‹ Organisation von Wohnbevölkerung auf Block- oder Quartierebene scheint nicht nur in Planungswissenschaften und wohnpolitischen Debatten populär, sondern durchdringt sozialwissenschaftliche Debatten ebenso wie politische und berufliche Praxen in der Stadtentwicklung. Normativ aufgeladen vermittelt der Begriff zunächst eine allgemeine, erwünschte Heterogenität von Wohnen und Zusammenleben, die sich historisch aus einem Urbanitätsverständnis speist, welches großstädtisches Leben gegenüber dem Ländlichen präferiert und eine vielfältigere, anonymere oder freiere Lebensweise für möglich hält. Fortschritts- und Innovationsglaube – oft verbunden mit liberalen oder demokratischen Gleichheitsansprüchen – führten u.a. dazu, dass das Modell einer relativen Gleichverteilung von sozialen Klassen- oder Herkunftsmilieus innerhalb der Stadtgrenzen seit der Industrialisierung eine Leitlinie darstellt. Die dieser Maxime widersprechenden urbanen Lebensrealitäten und Wohnsituationen fungieren seitdem als wissenschaftliche wie auch politische Problemstellungen. Geschichtlich rückblickend argumentiert z.B. Carl H. Nightingale (2012: 39ff) in »Segregation – A Global History of Divided Cities«, dass Muster und Grenzziehungen residentieller Segregation seit der Neuzeit klassenbasiert verlaufen und einer »politics of craft, clan, caste,

and sex» (ebd.: 41) folgen. Im Zuge imperialer und kolonialer Ausbeutung überkreuzen sich Ungleichheitskategorien von Klasse und Geschlecht zunehmend mit ›Color and Race‹. Es sind die ungleichheitsproduzierenden ökonomischen, politischen und sozialen Kräfteverhältnisse, die sich seit jeher in den unterschiedlichen Wohnorten und -situationen der Stadtbevölkerung ausdrücken und auf klassistisch wie rassistisch selektive Wohnungsmärkte und diskriminierende Politiken verweisen.

Im englischsprachigen Fachdiskurs dominiert der Begriff ›Mixed-Income Housing‹ und rückt in der Analyse und Bewertung von residentieller Segregation die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung in den Vordergrund. Mit der Rede von ›Mixed Communities‹ oder ›Social Mixing‹ werden dagegen häufig die sozialen Beziehungen und Lebensführungen in einem Wohngebiet thematisiert. Diese – zumindest formell-begriffliche – Differenzierung zwischen materiellen und (unspezifizierten) sozialen Kategorien im englischsprachigen Diskurs, löst sich im deutschsprachigen Terminus des ›sozialdurchmischten Wohnens‹ in völliger Unschärfe auf. Die ökonomische Lage wird nicht thematisiert und das unbestimmte Soziale von höheren, urbanen Klassenmilieus wird als das selbstverständlich Gemeinte positioniert und kann sich damit gesellschaftlich dominierenden Deutungsmustern nicht entziehen: Beispielsweise wird Wohnen von Menschen mit hohem Einkommen in wohlhabenden Stadtvierteln im öffentlich-mediaLEN Diskurs als erstrebenswert positioniert, während das nahräumliche Zusammenleben von Menschen mit niedrigerem Einkommen in Arbeiterinnen- und Arbeiterquartieren oder im sozialen Wohnbau problematisiert werden. Die diskreditierende Rede von ›armen‹ Stadtteilen, ›Working Class Districts‹ oder Aufnahmequartieren und den dort Wohnenden schreibt sich fort und durchdringt öffentliche, politische und akademische Diskursausschnitte zu residentieller, sozialer oder ›ethnischer³ Segregation (Diebäcker 2014: 56f; Wacquant 2007). Diesem Narrativ liegt ein strategischer ›Othering-Prozess‹ zu Grunde, der Menschen diskursiv an ihren Wohnort koppelt und über homogenisierende und kulturalisierende Zuschreibungen problematisiert (Bourdieu 1997: 163ff). Auf Basis verbreiteter

³ Ich verwende den Begriff der Ethnie nur in Anführungszeichen, da er in seiner strategischen Verwendung oft als Zuschreibung von außen Herkunft problematisiert und dabei andere Ungleichheitskriterien tendenziell verdeckt. Gerade im deutschsprachigen Kontext werden meist nicht Prozesse subjektiver Selbstidentifizierung damit gefasst, sondern eine unsichtbare und undifferenzierte Zusammengehörigkeit unterstellt.

Normalitätsvorstellungen wird das Wohnen und Zusammenleben der Anderen als fremd, krisenhaft, selbstverschuldet oder bedrohlich abgewertet. In liberalen politischen Programmen, sei es von bürgerlicher oder sozialdemokratischer Seite, ist der normative Druck auf benachteiligte Quartiere und ihre Bewohnerinnen und Bewohner vielerorts groß und wird dabei mit neokonservativen oder -kommunitaristischen Identitätspolitiken flankiert, die mit der räumlichen Nähe unter ›Gleichen‹ ihre ganz spezifischen Formen von Gemeinschaftlichkeit einfordern. Nicht nur die Vermarktung von Luxuswohnen, sondern auch die Besiedlung von Neubauprojekten der Stadterweiterung oder Nachverdichtungsprozesse im Bestand, knüpfen an tradierte, ›dörfliche‹ Siedlungs- und Gemeinschaftsstrukturen an und zielen auf ihre sozialtechnologische, neo-konservative Nachbildung.

Ausgehend von der räumlich-residentiellen Identifizierung von Armut, Herkunft oder Kultur, setzt die Strategie des ›einkommensgemischten‹ Wohnens auf Programme, die auf kleinräumliche Maßstäbe fokussiert, dort die Konzentration von Armut problematisiert und Interventionen der ›Durchmischung‹ von Bevölkerung legitimiert (Arbaci/Rae 2012; Steinberg 2010). Strukturierende Ursachen und Erklärungen für wohnortsbezogene Ungleichverteilungen wie selektive Marktmechanismen, Verfügbarkeit von Einkommen und Vermögen, mangelhafter oder unleistbarer Wohnraum oder unzureichende staatliche Investitionen sowie soziale Distinktionsprozesse zwischen sozialen Milieus geraten aus dem Blick. Zwänge, Abhängigkeiten und Unfreiwilligkeiten von Menschen mit ihrer eigenen Wohnsituation spielen in einer solchen Stadtentwicklungspolitik kaum eine Rolle, denn die Erzählung des ›Mixing‹ folgt dem sozialen Status, den Wünschen sowie den fälschlichen Zuschreibungen von den ›vielen Ressourcen‹ oder ›hohen Kompetenzen‹ der Hinzuziehenden. Aufgrund der engen Verbindung zu kapital- und profitgetriebenen Aufwertungsprozessen in der wachsenden Stadt werden ›Mixing Policies‹ in der kritischen Debatte um Gentrifizierung als ideologische Figur einer aggressiven und revanchistischen Stadtpolitik eingeordnet, die vor allem den Erwartungen und Lebensstilen von urbanen Mittelschichten entspricht und an dem Bild einer ›positive gentrification‹ (Lees 2008: 2449) festhält. In dieser Hinsicht werden dem Zuzug ins Quartier seitens einer so verstandenen Stadtentwicklungspolitik besondere Wirkungen unterstellt, welche die Situation bereits ansässiger, benachteiligter Bevölkerung verbessern oder ›lindern‹ könnten.

Die politische Agenda des Mixing bezieht sich dabei auf das Zusammenleben von Menschen in sogenannten Armutsquartieren oder im sozialen

Wohnbau. Ökonomisch und sozial ungleiche Lebensbedingungen werden mit »Millieu- und Wohnquartiereffekten« (Schuster 2018: 73) verbunden, die dazu führen würden, dass sich die Benachteiligungen im Quartier weiter verstärken würden. Endogene, also im Wohnquartier selbst liegende, Faktoren würden zusätzliche Wirkungen entfalten, die es zu unterbrechen gälte. Diskursive, fragwürdige Argumentationsfiguren koppeln nicht nur ökonomische Ungleichheitslagen und infrastrukturelle Benachteiligungen mit defizitorientierten Zuschreibungen. Sie dienen auch diskreditierenden Thesen zur kulturellen Ablösung und schädigendem Sozialverhalten, Armut als selbstverschuldet, minderwertig, bedrohlich und risikobehaftet zu kodieren⁴. Die potenzielle Gefahr einer Abwärtsspirale von segregierten Quartieren verweist dabei auf die Risikofigur des »städtischen Ghettos«, das als sozial abweichend, gesellschaftlich abgekoppelt, ordnungsgefährdend und politisch unstuerbar gilt. Im Antlitz der Prävention erscheint der Zuzug von sozialen Milieus der »kompetenten« Mittelklasse als Alternative, von dem die benachteiligte Bevölkerung profitieren würde. Als Win-win-Situation einer »positiven Gentrifizierung« ist das Programm der »sozialen Durchmischung« ins urbane Aufwertungsparadigma eingebettet und wird aus bürgerlicher Logik legitimiert. Nina Schuster (2018: 73) hält daher zu Recht fest:

»Der stadtsoziologische Diskurs offenbart im Diskurs über Quartiereffekte neben einer Art fürsorglich-paternalistischer Ausrichtung an den mutmaßlichen Interessen und Bedürfnissen der >>Benachteiligten<<, eine Blindheit für die eigenen rassistischen und klassistischen Stereotype.« (Ebd.)

4 In der Debatte um Quartiereffekte seit Ende der 1980er ist die Kritik am sozialen Wohnbau eine zentrale Referenz für die Problematisierung von Wohnanlagen und -quartieren, deren Bevölkerung bezogen auf niedrige Einkommen und/oder Herkunft als homogen etikettiert und ihr Verhalten als defizitär zugeschrieben werden. Exemplarisch zeigen Nicholas Dagen, Fritz Umbach and Lawrence J. Vale (2015: 14ff) mit ihrer Analyse des medialen Diskurses in vier überregionalen US-amerikanischen Tagesszeitungen, dass die Abwertung des sozialen Wohnbaus und seiner Bewohnerinnen und Bewohner wohnpolitisch mit »public-private housing projects« und »mixed income redevelopment« (ebd.) beantwortet wird. Verschiedene Vorwürfe, dass Wohnanlagen größerer Maßstabes isolierend, unfunktional oder nicht organisierbar seien oder Zuschreibungen, dass zusammenwohnende arme und/oder migrationserfahrene Mieterinnen und Mieter nicht in ihre Wohnungen investieren oder delinquent seien, werden in Beiträgen des Sammelbandes in kritischer Weise differenziert und als Mythen dekonstruiert.

Die fragwürdigen Prämissen von Quartierseffekten und die Wirkungen von Mixing Policies sind wissenschaftlich kaum zu belegen. Die vielzitierte Studie von Sako Musterd und Roger Anderson (2005: 779) kommt anhand schwedischer Haushaltsdaten wenig verwunderlich zum Schluss, dass es »no clear relationship between housing mix and social mix« (ebd.) gibt. Dass ›soziale Durchmischung‹ zu milieu-überschreitenden sozialen Kontakten führe und so Ressourcen für armutsbetroffene Bevölkerungsgruppen erschlossen werden könnten – also ihr soziales (und infolgedessen auch ökonomisches) Kapital erhöht werde – scheint ebenfalls empirische Evidenz zu vermissen. Rebecca Tunstall und Alex Fenton (2006: 11) resümieren ebenso in ihrem ausführlichen Review von Case Studies zu ›Mixed-Income Housing‹ in Großbritannien: »In fact the available UK evidence for special neighbourhood effects of concentrated poverty is weak.« (Ebd.)⁵

Mit Blick auf diese angewandten Studien wird erstaunlicherweise deutlich, dass diese in ihren Erhebungen auf einkommensgemischte Wohngebiete fokussieren und dort nach Effekten und Wirkungen suchen, also bereits das ›Durchmischungsparadigma‹ als Ausgangspunkt ihrer Forschung wählen. Untersuchungen zu Stadtteilen mit relativer Einkommenshomogenität fehlen dagegen weitgehend (Tunstall/Fenton 2006: 23), womit weitverbreitete und problematisierende Prämissen über ›benachteiligte‹ Quartiere oder über sozialen Wohnbau wissenschaftlich gar nicht geprüft werden. Die Lebensrealitäten von Armutsbetroffenen werden damit aus dem Fachdiskurs ausgeschlossen und lassen ungeprüft Platz für bürgerliche und mittelschichtsorientierte Deutungshoheiten.

Die Stadt- und Wohnforschung ist daher herausgefordert, Prämissen und Vermutungen von Quartierseffekten und verdichteter Armut in kritischer Weise zu prüfen. In der polarisierenden, wachsenden Stadt bedeutet

5 In den analysierten Case Studies sind Einflüsse auf das lokalökonomische Angebot oder die öffentliche Infrastruktur derart komplex, dass einfache kausale Zusammenhänge zu dort Wohnenden nicht nachweisbar sind. Mit Blick auf positiv anzunehmende Effekte von divers gemischten Erziehungs- und Bildungseinrichtungen können einschlägige Studien laut Turnstall und Fenton nicht spezifizieren, welche Einflussfaktoren genau wirksam sind. Bezugnehmend auf Beschäftigungs- und Arbeitssituationen schlussfolgern sie, »mixed communities do not on their own significantly increase employment rates for social tenants and the lower income group« (Turnstall/Fenton 2006: 15). Aufgrund der begrenzten Datenlage zur Prävalenz kriminellen Verhaltens auf Objekt- oder Quartierebene sind laut Turnstall und Fenton keine Rückschlüsse auf einen Entwicklungsverlauf möglich (ebd.: 12ff).

dies m.E. den tatsächlichen Wohnsituationen und Lebensrealitäten von Menschen mit niedrigen Einkommen in ›die Augen zu sehen‹ und eine Alltags- und Lebensweltorientierung zum Ausgangspunkt transdisziplinärer Forschung zu machen. Denn versucht transdisziplinäre Stadtforschung soziale Phänomene von den Praxen der Subjekte aus zu denken, dann muss sie den Blick auf die Rekonstruktion alltagsorientierter Bedingungen und lebensweltnaher Lebensführungen richten. Dabei gilt es insbesondere diejenigen Fragestellungen zu priorisieren, die Denk- und Handlungsweisen von diskursiv problematisierten oder wenig-repräsentierten Subjekten erfassen möchten. Um soziale Beziehungen, alltägliche Lebensführungen oder Bewältigungsstrategien von Bewohnerinnen und Bewohnern und ihre Sinnzuschreibungen zu eruieren, ist nicht nur eine intersektionale und selbstreflexive Ungleichheitsperspektive (die auf besondere Vulnerabilitäten mit Blick auf Klasse, Herkunft oder Geschlecht achtet) wesentlich, sondern auch eine Haltung, die räumlich fixierende Zuschreibungen dekonstruiert.

Ist da ein Problem? ... wenn Menschen mit niedrigen Einkommen in eine sozial geförderte Wohnhausanlage einziehen

Im Folgenden wird ein transdisziplinäres Forschungsvorhaben mit einem alltagsorientierten Zugang vorgestellt, dass die Wohnsituation von Menschen im sozialen Wohnbau untersucht. Die Studie fokussierte auf eine staatlich geförderte und durch einen privaten Bauträger errichtete Wohnhausanlage im 21. Wiener Gemeindebezirk, die im Jahr 2018 von Personen mit niedrigen Einkommen besiedelt wurde.⁶

Im Sinne eines transdisziplinären Forschungsanspruches repräsentierte das Team neben einer gemeinsam geteilten Perspektive Sozialer Arbeit, weitere sozialwissenschaftliche Studienabschlüsse in Kultur- und Sozialanthropologie, Soziologie und Politikwissenschaft. Das 10 Monate dauernde Projekt zielte im Sinne einer Alltags- und Lebensweltorientierung darauf ab, die Bedarfe und Zufriedenheit von Bewohnerinnen und Bewohnern mit ihrer Wohnsituation zu erheben und diese den Perspektiven projekt-

6 Detaillierte Ergebnisse finden sich in dem von der IBA_Wien publizierten Forschungsbericht von Marc Diebäcker, Magdalena Habringer, Katrin Hierzer und Gabriele Kronberger (2020), der hier auszugweise dargelegt wird.

beteiligter institutioneller Akteurinnen und Akteuren gegenüberzustellen.⁷ Trotz der Situations- und Kontextgebundenheit der durchgeführten Fallstudie bieten die Forschungsergebnisse Einblicke in Wohnsituationen eines ›Unmixed-Income Housing‹ und kontrastieren dabei gängige Vorannahmen des ›sozialen Durchmischungsdiskurses‹. Darüber hinaus zeigt sich mit Blick auf den Objektmaßstab einer Wohnhausanlage und den Alltag von Bewohnerinnen und Bewohnern, dass strukturierende Bedingungen und Wirkungen von Wohnungsmarktsegmenten, Wohnbau- und Sozialpolitik sowie staatlich-administrativen Förderbedingungen und Zugangskriterien auf anderen räumlichen Maßstäben liegen.

Zu Ausschlüssen aus dem Wiener Wohnungsmarkt

Seit Mitte der 1990er Jahren kommt es in Wien aufgrund steigender Bevölkerungszahlen, kontinuierlichen Sanierungsaktivitäten im Rahmen der ›sanften Stadterneuerung‹ sowie Deregulierungen des Mietrechts zu enormen Preissteigerungen, insbesondere in privaten Mietsegmenten⁸ (Kadi/Verlič 2019; Vollmer/Kadi 2018). Der Wiener Wohnungsmarkt kann in drei Teilmärkte differenziert werden: Der private Wohnungsmarkt umfasst rund 55 % der Wohnungen (20 % Selbstnutzenden-Wohnungen und 35 % private Mietwohnungen) und gilt mit Blick auf Einkommen sowie Herkunft als höchst selektiv. Weitere 20 % der Mietwohnungen sind staatlich gefördert und werden über gemeinnützige Bauvereinigungen vergeben – aufgrund eines relativ hohen Eigenmittelanteils spricht dieses Segment vor allem urbane Mittelschichtmilieus an. Weitere 25 % sind Gemeindewohnungen des

7 Das Forschungsdesign kombinierte im Sinne einer methodischen Triangulation qualitative und quantitative Erhebungsmethoden: Es beruhte auf einem partizipativen Erhebungsworkshop mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Begehungen, teilnehmenden Beobachtungen und Gesprächen in öffentlichen Räumen, einer quantitativen Umfrage zur Wohnzufriedenheit von dort Wohnenden, qualitativen Interviews und Fokusgruppen mit wohnbaupolitischen und sozialstaatlichen Akteurinnen und Akteuren sowie mit Verantwortlichen und Mitarbeitenden von ›vor Ort‹ operativ tätigen sozialen Einrichtungen.

8 Mit der Finanzkrise im Jahr 2008 und dem folgenden Investitionsboom im Immobiliensektor sind die Preise für Boden in Wien laut Arbeiterkammer um 114 %, für gebrauchte Eigentumswohnungen um 98 % und für private Mietwohnungen bei Neuvertragsabschluss um 48 % gestiegen (Tockner 2019). Die Mietsteigerungen im privaten Wohnungssegment sind rund doppelt so hoch wie im geförderten Wohnbau (Tockner 2017: 16).

kommunalen Wohnungsmarktes, der städtisch verwaltet wird und ebenso wie ein Großteil des geförderten Segments durch enge Zugangskriterien staatlich reguliert wird (Empirica AG 2020: 7; Kadi/Verlič 2019: 43). Der Zugang zum gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsmarkt wird zentral über das Wohnservice Wien gesteuert und erfolgt über das sogenannte ›Wiener Wohn-Ticket‹, ein zweijähriger Hauptwohnsitz in Wien und ein begründeter Wohnbedarf⁹ sind dabei wesentliche Ausschlusskriterien, die den Zugang zum Gemeindebau oder geförderten Wohnbau verhindern. Alle drei Segmente des Wiener Wohnungsmarktes produzieren Ausschließungen. Flankiert von einer unzureichenden Delogierungsprävention werden viele Bewohnerinnen und Bewohner in prekäre und unsichere Wohnsituationen gedrängt. Diese werden nur zum Teil durch die Kapazitäten der Wiener Wohnungslosenhilfe temporär ›aufgefangen‹ und nur mit großen Mühen können Betroffene wieder in eigenständige und stabile Wohnsituationen vermittelt werden. Insofern gilt die tatsächliche Integrationskraft des ›Wiener Modells‹ als begrenzt, denn die residentielle Segregation entlang des Einkommens, Bildungsgrades und der Nationalität nimmt rasch zu« (Güntner/Dangschat 2019: 310).

Anhand aggregierter Haushaltsdaten der in der untersuchten Wohnanlage Wohnenden zum vorherigen Wohnort zeigt sich, dass knapp zwei Drittel der Personen zuvor vorwiegend in Bezirken wohnten, »die anhand eines überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums, einer relativ peripheren Stadtlage und einer überwiegend unterdurchschnittlichen Einkommensstruktur charakterisiert werden können« (Diebäcker et al. 2020: 19). Dieses ungleiche residentielle Muster zeigt nicht nur, dass Wohnen in zentralen und teuren Wohngebieten für Menschen mit niedrigeren Einkommen in Wien schwierig ist, sondern auch, dass sich im Rahmen staatlich geförderter Wohnbauinitiativen Peripherisierungstendenzen in der wachsenden Stadt aufgrund von Bodenknappheit und steigende Preisen fortsetzen (ebd.).

9 Kriterien für den begründeten Wohnbedarf sind »getrennter Haushalt, Überbelag, altersbedingter Wohnbedarf, krankheitsbedingter Wohnbedarf, Rollstuhlfahrer« in bzw. barrierefreier Wohnbedarf oder Jungwiener*innen« (Wohnberatung Wien 2019: o.S), die seit mindestens zehn Jahren im Haushalt der Eltern leben und von daheim ausziehen wollen (ebd.).

Zur Belegung der Wohnhausanlage. Einkommen-homogenes Wohnen

Die Debatte um leistbaren Wohnraum intensivierte sich in Wien als Reaktion auf Fluchtbewegungen mit ihrem Höhepunkt im Jahr 2015. Das Land reagierte im Rahmen einer Wohnbauoffensive 2016 mit dem sogenannten ›Sofortprogramm in System- und Leichtbauweise‹ (SPSL), bei dem 1.000 geförderte Wohneinheiten auf temporär zur Verfügung stehenden Flächen produziert wurden (Diebäcker et al. 2020: 12).¹⁰ Mit seiner wohnbaupolitischen Zielsetzung adressierte das SPSL:

»Personen, deren dringender Wohnbedarf aufgrund von Selektivitäten und Ausschließungseffekten aus dem Wohnungsmarkt (z.B. aufgrund von geringem Einkommen, fehlendem Eigenkapital, familiären oder biographischen Krisen oder sozialem Unterstützungsbedarf) temporär abgesichert werden sollte.« (ebd.: 13)

Aufgrund einer befristeten Wohnwidmung von zehn Jahren stellen solche Projekte spezifische Sonderwohnformen eines ›Zwischenwohnens‹ dar, die nur begrenzte Wohnperspektiven für Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen (ebd.).

Die im Rahmen des SPSL erbaute Wohnhausanlage im 21. Wiener Gemeindebezirk wurde und wird von Menschen mit begründetem Wohn- und/oder Betreuungsbedarf belegt. Während in der Debatte um ›sozialdurchmisches‹ Wohnen über ›Quoten und Mischungsverhältnisse‹ diskutiert und der maximale Anteil von Niedrigeinkommensbeziehenden oder Armutsbetroffenen als Gefahr für das Zusammenleben aller verhandelt wird (Güntner/Dangschat 2019: 309; Tunstall/Fenton 2006: 30), weist die beforschte Wohnanlage eine soziale Belegungsrate von 100 % auf. Der regulierte Zugang zu einer Wohnung in der Anlage erfolgt dabei über zwei unterschiedliche Wege: Erstens, werden 161 Wohnungen (62,9 %) der 256 Smartwohnungen über das Wohnservice Wien und das ›Wiener Wohn-Ticket‹ vergeben und die Mieterinnen und Mieter erhielten vom Bauträger einen unbefristeten Mietvertrag, der aufgrund der derzeit befristeten Wohnwidmung zum

¹⁰ Dieser richtete sich an Bauträger, die bereit waren ihre Liegenschaft einzubringen und mit der Möglichkeit einer befristeten Widmungsbewilligung ›Wohnnutzung< leistbare Wohnungen von durchschnittlich 50 m² unterhalb der Mietzinsobergrenze von € 7,50 brutto ohne Eigenmittelanteil der Mieterinnen und Mieter zu bauen.

31.12.2026 ausläuft. Zweitens, werden weitere 95 Wohnungen (37,1 %) über den gemeinnützigen Fonds Soziales Wien (FSW) belegt, der in Wien für die Organisation sozialer Dienstleistungen zuständig ist. Von diesen werden 61 Wohnungen an ehemals wohnungslose Menschen vergeben, die nach ihrem Einzug bedarfsorientiert von einem mobilen Angebot unterstützt werden, 19 Wohnungen für belastete Frauen mit ihren Kindern, die vor Ort im Rahmen eines Mutter-Kind-Wohnangebotes betreut werden, und in 15 Garconnieren leben Menschen mit Behinderungen fachlich begleitet im Verbund (IBA_Wien 2019). Diese über die Wohnungslosenhilfe und die Hilfen für Menschen mit Behinderung des FSW geförderten Bewohnerinnen und Bewohner – im weiteren als soziale Zielgruppen bezeichnet – verfügen in der Regel über einen auf zwei Jahre befristeten Nutzungsvertrag. Ihre Wohnsituation ist gegenüber Bewohner*innen mit ›Wiener Wohn-Ticket‹ also durch eine deutlich kürzere Befristung und rechtliche Schlechterstellung gekennzeichnet. (Diebäcker et al. 2020: 15ff.)

In einer mehrdimensionalen Betrachtung soziodemographischer Merkmale (die die Vielfalt der Wohnsituationen nicht annähernd beschreiben können) sind die Bewohnerinnen und Bewohner tendenziell relativ jung, verfügen über eher niedrige Einkommen, sind mit Blick auf die Staatsbürgerschaft vielfältig und auf das Geschlecht ausgeglichen sowie abseits zweier betreuter Wohneinrichtungen durch eine Vielzahl an Einzelhaushalten geprägt (Diebäcker et al. 2020: 21ff.).

Zum befristeten Wohnen als Belastung

Das temporäre, auf zwei Jahre befristete Wohnen in der Wohnhausanlage stellt eine wesentliche Rahmenbedingung für alle dort Wohnenden dar. »Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass unabhängig des unterschiedlichen Zugangs rund die Hälfte der Bewohnenden möglichst lange in ihrer derzeitigen Wohnung leben möchte« (Diebäcker et al. 2020: 45). Es ist davon auszugehen, dass gerade für diese Menschen die Befristung der eigenen Wohnperspektive eine erhebliche Belastung bedeutet. Die Analyse der Fokusgruppen mit Mitarbeitenden sozialer Einrichtungen zeigt, dass die Situation von Menschen mit zweijährigem Nutzungsvertrag als besonders belastend für die Betroffenen eingeschätzt wird. »Berücksichtigend, dass eine stabile Wohnsituation zentraler Ausgangspunkt für das Verfolgen eigener Lebensentwürfe darstellt, sind die belastenden und negativen Effekte von Befristungen jeglicher Art«

(ebd.) ein struktureller Effekt des wohnbaupolitischen Programms sowie sozialstaatlicher Förderbedingungen, die politisch zu verantworten sind.

Eine dauerhafte und stabile Wohnperspektive scheint entscheidend, um sich mit dem Wohnort zu identifizieren und in private Räume oder soziale Beziehungen vor Ort zu investieren. Bemerkenswert ist, dass im Projekt interviewte wohnbaupolitische Akteurinnen und sozialstaatliche Financiers überwiegend die Bedeutung der Wohnhausanlage als flexible, schnelle und leistbare Zwischenlösung betonten. Befristetes Wohnen und Fluktuation werden als konzeptionelle Elemente gedacht, die damit Bedürfnissen von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Bauträgergruppe nach dauerhaften Wohnperspektiven entgegenstehen (ebd.: 46).

Die Angst vor einer ›Abwärtspirale der Wohnhausanlage‹, wie auch im ›sozialen Durchmischungsdiskurs‹ prominent, scheint bei institutionellen Akteurinnen und Akteuren verbreitet, wird aber in unterschiedlicher Weise beantwortet. Während die Bauträgergruppe die Entfristung der Wohnwidmung und das Ermöglichen einer dauerhaften Wohnperspektive fordert, scheint für Wohnbaupolitik oder Sozialverwaltung der permanente Durchlauf und die Weitervermittlung in geförderte Segmente des Wohnungsmarktes eine Alternative zu sein (ebd.: 45f). »Im Sinne sozialer Folgenabschätzung wirft das temporäre Wohnen« im Fallbeispiel »eine Vielzahl an ethischen Fragestellungen auf«, die die wohnpolitische Verantwortung der Stadt Wien herausfordert (ebd.: 53).

Zur hohen Zufriedenheit mit der Wohnung, Wohnanlage und Wohnumgebung

»Im Frühsommer 2019, ein Jahr nach dem Einzug, sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnhausanlage mit ihrer Wohnsituation grundsätzlich sehr zufrieden: Die Qualität der neu bezogenen Wohnung wird sehr geschätzt, der verkehrsberuhigte Innenhof stellt beispielsweise eine besondere Freiraumqualität für Kinder dar, und auch Lagekriterien werden überwiegend positiv beurteilt.« (Diebäcker et al. 2020: 57). Die Befragten beurteilen auch das Wohnumfeld weitgehend positiv (ebd.: 52) und geringe »Fluktuationsraten im ersten Jahr nach der Besiedlung verweisen auf stabile Wohnsituationen« (ebd.: 57). Die Wohnbedürfnisse und -präferenzen vieler dort Wohnenden ähneln sich offensichtlich, auch wenn Befragte sozialer Zielgruppen rückblickend eine höhere Dringlichkeit im Hinblick auf ihren

Einzug angeben und auch die Wohnungsentgelte deutlich seltener als leistbar einstufen. (ebd.: 43).

Im Gegensatz zu Argumentationen im ›sozialen Durchmischungsdiskurs‹, in denen häufig die Belastungen, Unzufriedenheiten und der Wegzug von Menschen mit niedrigen Einkommen thematisiert wird, deutet die Fallstudie darauf hin, dass die Qualität der Wohnung, infrastrukturelle Nahversorgung, die Anbindung an zentrumsnahen Funktionen sowie die Leistbarkeit zentrale Bedeutung für die Menschen und ihre Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation haben.

Zu sozialen Beziehungen und sozialen Distinktionsprozessen

Grundsätzlich zeigt sich in der Studie ein Bild, welches (ähnlich wie in anderen Neubaugebieten) »von üblichen Konfliktthemen des relativ dichten Zusammenwohnens (z.B. Hofnutzung, Lärm, Verschmutzung) gezeichnet wird sowie von funktionalen nachbarschaftlichen Beziehungen ›des ungestört und nebeneinander Wohnen-Wollens‹ geprägt ist. [...] Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass Bewohner*innen, die zufriedener mit ihrer Wohnsituation sind und eine längere Wohnperspektive verfolgen, möglicherweise ein größeres Interesse daran haben, nachbarschaftliche Kontakte zu etablieren« (Diebäcker et al. 2020: 43). Das Zusammenleben ›vor Ort‹ stellt sich in seiner Vielfalt als urbane Wohnsituation dar, die nach der Erfahrung des Forschungsteams der Normalität anderer Wohnhausanlagen entspricht (ebd.: 53).

Entgegen der üblichen Überbetonung nahräumlicher sozialer Beziehungen zwischen Erwachsenen im ›sozialen Durchmischungsdiskurs‹ und trotz der erst einjährigen Wohndauer vieler Bewohnerinnen und Bewohner zum Befragungszeitpunkt, scheinen die räumlich zerstreuten Beziehungen im Erwachsenenalter auf soziale Netzwerke hinzuweisen, die für urbane Milieus typisch sind (ebd.: 43). Diese Ergebnisse scheinen damit eher Studien zu ›Mixed-Income Housing‹ zu entsprechen, die von Nachbarschaftseffekten im Kindesalter ausgehen (Minh et al. 2017), aber für Erwachsene geringe bis keine Einflüsse ausmachen.

Im Rahmen der qualitativen Analyse werden auch Distinktionsbestrebungen sichtbar. Diese Abgrenzungen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern verlaufen vor allem entlang der Ungleichheitskategorien Klasse, Herkunft und Behinderung und ähneln jenen anderer Wohnhausanlagen in Wien. (Diebäcker et al. 2020: 49) Insbesondere bei der Suche nach Verursachenden von

Alltagsproblemen scheinen Stereotype reaktiviert zu werden, indem Informationen über die verschiedenen sozialen Zielgruppen in der Wohnhausanlage selbst zum Ausgangspunkt einer sozialen Distinktionsdynamik werden, die mit der Aufwertung des eigenen sozialen Status und der Abwertung der anderen verbunden ist. Die qualitativen Ergebnisse deuten darauf hin, dass Alltagskonflikte benachteiligende Effekte für Mieterinnen und Mieter bedeuten können, wenn sich dadurch Stigmatisierungsprozesse dynamisieren. Die teilweise bei gemeinnützigen und kommunalen Wohnbauträgern übliche Praxis, soziale Zielgruppen oder Einrichtungen einer Wohnanlage zu nennen, beeinflusst schlussfolgernd soziale Inklusionsprozesse unseres Erachtens vermutlich negativ (ebd.: 50) – ein Effekt, der seinen Ausgangspunkt auch in Verwaltungspraxen institutioneller Akteurinnen und Akteure hat und Differenzbildung entlang des (oftmals erwünschten) sozialen Status begünstigt. Insofern scheint das im ›Durchmischungsdiskurs‹ propagierte produktive ›Mixing‹ nahräumlicher sozialer Beziehungen zwischen zuziehenden, statushöheren Gruppen und den wohnhaften, statusniedrigeren Gruppen umso weniger evident, da die klassenhabituelle Differenz bei steigenden Einkommen tendenziell zunimmt.

Fazit: Herausforderungen transdisziplinärer Wohnforschung

Vor dem Hintergrund der kurzen Projektdauer, dem Objektmaßstab einer Wohnhausanlage und dem gewählten Forschungsdesign, waren die Grenzen dieser vorgestellten, transdisziplinären Fallstudie auftragsbedingt frühzeitig festgelegt. Aufgrund der Ende 2026 ablaufenden Wohnnutzung ist eine erneute Erhebung in der Wohnhausanlage im Sinne einer Längsschnittstudie (z.B. nach der Hälfte der Wohndauer) von Interesse, um die Zusammenhänge zwischen Wohnzufriedenheit, begleitenden Maßnahmen, Befristung und Fluktuation erneut und in Teilen auch spezifischer (z.B. mit Blick auf die Bourdieuschen Kapitalsorten) analysieren zu können. Mit zunehmender Forschungsdauer wuchs zudem der Wunsch nach einer vergleichenden Perspektive, um der hohen Wohnzufriedenheit andere aktuelle Beispiele, z.B. neu errichtete Anlagen im privaten und freifinanzierten oder im gemeinnützigen Wohnungsmarktsegment, gegenüberzustellen. Denn über (Un)Zufriedenheiten mit der Wohnqualität, konflikthafte Alltagkontakte oder soziale Distinktionsprozesse von Bewohnerinnen und Bewohnern in statushöheren, gemeinhin weniger problematisierten Wohnformen ›einkommen-homogen‹

genen Wohnens« ist uns nur wenig bekannt, denn dort stehen die »benefits of homogeneity« (Tunstall/Fenton 2006: 23) außer Zweifel.

Die Ergebnisse der Fallstudie weisen darauf hin, dass die Annahmen von endogenen Nachbarschaftseffekten und belastenden sozialen Beziehungen des ›Durchmischungsdiskurses‹ in diesem Projekt des ›Unmixed-Income Housing‹ nicht bestätigt werden konnten. Des Weiteren wird deutlich, dass strukturelle Effekte wie die Selektivität unterschiedlicher Wohnungsmarktsegmente, politische Gestaltung von Wohnbauprogrammen oder Förderbedingungen des lokalen Sozialstaates zu befristeten und unsicheren Wohnsituationen führen. Im Forschungsprozess bildete sich eine zentrale Erkenntnis heraus, die im Diskurs zu ›sozialer Durchmischung‹ häufig angezweifelt wird: »Menschen mit eher niedrigen Einkommen wohnen zufrieden zusammen, wenn sie einen Großteil ihrer unterschiedlichen Wohnpräferenzen realisieren können und gegebenenfalls anlassbezogen auf bedarfsgerechte professionelle Unterstützung zurückgreifen können« (Diebäcker et al. 2020: 58).

In theoretischer Hinsicht stellt sich der disziplinübergreifende Diskurs zu ›Mixed-Income Housing‹ in vielerlei Hinsicht als problematisch-verkürzt und in seiner resultierenden politischen Programmatik als diskreditierende raumideologische Figur dar, die in neoliberalisierten Gesellschaften der Verdrängung und Peripherisierung von Armutsbevölkerung in der Stadt Vorschub leistet. Beispielsweise zeigt der Blick auf eine Vielzahl an Projekten zu Nachbarschaften und sozialem Zusammenhalt, die danach streben soziale Beziehungen zu erforschen, eine Fixierung auf einen kleinen räumlichen Maßstab. Sie neigen dazu, nicht nur Quantitäten, Qualitäten oder netzwerkbezogene Ressourcenverläufe von Bewohnerinnen und Bewohnern unzureichend zu erfassen, sondern tragen selbst dazu bei, das Wahrgenommene als Nachbarschaftseffekte territorial zu fixieren.

Gesellschaftskritische, transdisziplinäre Wohn- und Stadtforschung benötigt eine Forschungsbewegung, die explizit an den Alltagssituationen der Menschen ansetzt, diese aber in ihren eigenen theoretischen und methodischen Zugängen räumlich entgrenzt, um das Geflecht der Beziehungen in ihren strukturierenden Einflüssen erfassen und deuten zu können. Der hier vorgenommene kritische Blick auf den ›sozialen Durchmischungsdiskurs‹ zeigt, dass das ›Residieren‹ in der Großstadt, Antworten analytisch in den multiskalaren Weiten des gesellschaftlichen Raumes suchen muss, um nicht einer hegemonialen, urbanen Problematisierungsdynamik von Einzelnen, Gruppen oder Quartieren zu folgen, die Benachteiligungen mit

Interventionen auf kleinräumlichen Maßstäben beantworten möchte. Es benötigt daher eine raumrelationale Analyseperspektive, die den Zusammenhang zwischen Wohnort und nahräumlichen sozialen Beziehungen im gesellschaftlichen Raum kontextualisiert und so Ungleichheitsbeziehungen, Ausschließungsdynamiken und urbane Polarisierungseffekte inkludiert.

Eine gesellschaftskritische, transdisziplinäre Stadtforschung benötigt auch einen radikalen Perspektivenwechsel, in dem die Positionen der von Ausgrenzung Betroffenen aktiv gesucht und Raum für die Verhandlung des nicht-repräsentierten Anderen geschaffen werden. Eine solche Forschungsperspektive kann dazu beitragen, dass Lebenssituationen und Bewältigungsstrategien, Identitäts- und Zugehörigkeitskonstruktionen wie auch Handlungsfähigkeiten und -alternativen von denjenigen thematisiert werden, die üblicherweise aus dem stadtforcherischen Diskurs ausgeschlossen sind. Zentrales Motiv dieser subjektorientierten Perspektivenerweiterung ist, dass die Analyse sozialer Ungleichheiten nicht aus der Position gesellschaftlicher Normalität betrieben wird, sondern im Foucaultschen Sinne stärker aus der Position der abweichenden Anderen geführt wird (Diebäcker 2014: 98ff; Foucault 2006 [1967]). Aus diesem Blickwinkel können die gewaltvollen Mechanismen und Rationalitäten von sozialer Ausschließung in ihrer Funktion für die ›gesellschaftliche Mitte‹ detaillierter beschrieben und entschiedener kritisiert werden.

Dabei möchte ich einer transdisziplinär ausgerichteten Stadtforschung den Nutzen einer spezifisch sozialarbeitswissenschaftlichen Perspektive ans Herz legen. Soziale Einrichtungen als institutionelle Räume Sozialer Arbeit und die dort verorteten Praxen eignen sich als Forschungsgegenstand in besonderer Weise, denn als personenbezogenes und grenzziehendes (sozial)staatliches Angebot werden dort gesellschaftliche Ein- und Ausschließung sowie Verhältnisse von Normalität und Abweichung verhandelt (Diebäcker et al. 2016; Diebäcker/Reutlinger 2018). Mittels einer alltagsorientierten Ungleichheitsperspektive lassen sich in situativen Settings und Interaktionen Sozialer Arbeit, die Benachteiligungen und die Gewordenheit von Ausgrenzung und Marginalisierung rekonstruieren, die in Forschungsarbeiten anderer Disziplinen unterrepräsentiert sind. Es sind die biographischen und alltäglichen Erzählungen von Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit, in denen sich soziale Probleme und soziale Konflikte vermitteln, Ungleichheitskategorien sich überkreuzen und diskriminierende institutionelle Strukturen sichtbar werden.

Literatur

- Arbaci, Sonia/Rae Ian (2012): Mixed-Tenure Neighborhoods in London: Policy Myth or Effective Device to Alleviate Deprivation?, in: International Journal of Urban and Regional Research 37(2), S. 451-479.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte, in: Pierre Bourdieu et al. (Hg.), Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Dagen Bloom, Nicholas/Umbach, Fritz/Vale Lawrence J. (2015): Introduction, in: Nicholas Dagen/Fritz Umbach/Lawrence J. Vale (Hg.), Public housing myths. Perception, reality, and social policy, New York: Cornell University Press, S. 1-28.
- Diebäcker, Marc (2014): Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum. Wiesbaden: Springer VS.
- Diebäcker, Marc/Habringger, Magdalena/Hierzer, Katrin/Kronberger, Gabriele (2020): Wohnzufriedenheit von Bewohner*innen in der Wohnhausanlage HOME 21. Wien: IBA_Wien 2022, Band 22, https://www.iba-wien.at/file/admin/user_upload/documents/001_Downloads_Allgemein/IBA-Beitrag_22_Home21_web.pdf [Zugriff am 10.01.2021].
- Diebäcker, Marc/Reutlinger, Christian (2018): Einrichtungen Sozialer Arbeit als institutionelle Räume denken, in: Marc Diebäcker/Christian Reutlinger (Hg.), Soziale Arbeit und institutionelle Räume. Explorative Zugänge, Wiesbaden: Springer VS, S. 21-43.
- Diebäcker, Marc/Fischlmayr, Anna/Sagmeister, Aurelia (2016): Sozialräumlich forschen in institutionellen Räumen Sozialer Arbeit. Ein Frauenhaus und ein Tageszentrum für wohnungslose Menschen als Fallskizzen, in: soziales_kapital 16, S. 55-71, https://www.soziales-kapital.at/index.php/soziale_skapital/article/viewFile/491/868.pdf [Zugriff am 10.01.2021].
- Empirica AG (2020): Wohnungsmarkt Wien. Eine wohnungspolitische Analyse aus deutscher Sicht. Berlin, https://www.bid.info/wp-content/uploads/2020/01/Bericht_Wien_2019050_endbericht-rev.pdf [Zugriff am 19.01.2021].
- Foucault, Michel (2006 [1978]): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006 [1967]): Von anderen Räumen, in: Jörg Dünne/Stephan Günzel (Hg.), Raumtheorie. Grundlagenexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 317-329.

- Güntner, Simon/Dangschat Jens S. (2019): Soziale Vielfalt als Thema der Wohnungs- und Stadtentwicklungs politik, in: Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (Hg.), Wohnungsgemeinnützigkeit in Recht, Wirtschaft und Gesellschaft, Wien: LexisNexis, S. 307-314.
- Hackworth, Jason (2007): The Neoliberal City. Governance, Ideology, and Development in American Urbanism. Ithaca: Cornell University Press.
- IBA_Wien (2019): HOME 21. Ankommen und Heimkommen. <https://www.iba-wien.at/projekte/projekt-detail/project/home-21> [Zugriff am 02.03.2021].
- Kadi, Justin/Verlič, Mara (2019): Gentrifizierung am privaten Wiener Mietwohnungsmarkt, in: Justin Kadi/Mara Verlič (Hg.), Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis, Wien: AK Wien, S. 35-49.
- Lees, Loretta (2008): Gentrification and Social Mixing: Towards an Inclusive Urban Renaissance?, in: Urban Studies 45(12), S. 2449-2470.
- Löw, Martina (2018): Die Eigenlogik der Städte. Grundlagen für eine sinnverstehende Stadtsoziologie, in: Martina Löw (Hg.), Vom Raum aus die Stadt denken. Grundlagen einer raumtheoretischen Stadtsoziologie, Bielefeld: transcript, S. 123-139.
- Minh, Anita/Muhajarine, Nazeem/Janus, Magdalena/Brownell, Marni/Guhn, Martin (2017): A review of neighborhood effects and early child development: How, where, and for whom, do neighborhoods matter?, in: Health and Place 46, S. 155-174.
- Musterd, Sako/Anderson, Roger (2005): Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities, in: Urban Affairs Review 40/6, S. 761-790.
- Nightingale, Carl H. (2012): Segregation. A global History of Divided Cities, Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Schuster, Nina (2018): Diverse City, in: Dieter Rink/Annegret Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte, Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 63-85.
- Steinberg, Stephen (2010): The Myth of Concentrated Poverty, in: Chester Hartman/Gregory D. Squires (Hg.), The Integration Debate. Competing Futures for American Cities, New York: Routledge, S. 213-227.
- Stichweh, Rudolf (2013): Wissenschaft, Universität, Professionen: Soziologische Analysen, Bielefeld: transcript.
- Tockner, Lukas (2019): Kommentar zu »Why can't you Afford a Home?«. Anlässlich der Veranstaltung der Arbeiterkammer Wien ›Betongold oder leistbares Wohnen?‹, <https://wien.arbeiterkammer.at/interessenve>

- rtretung/meinestadt/wohnen/Lukas_Tockner_22.10.2019.pdf [Zugriff am 18.02.2020].
- Tockner, Lukas (2017): Mieten in Österreich und Wien. 2008 bis 2016, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, https://www.arbeiterkammer.at/infolpool/wien/Mieten_in_Oesterreich_und_Wien_2008_bis_2016.pdf [Zugriff am 18.02.2020].
- Tunstall, Rebecca/Fenton Alex (2006): In the mix. A review of mixed income, mixed tenure and mixed communities: what do we know? http://urbanrim.org.uk/cache/Tunstall&Fenton_In-the-mix.pdf [Zugriff am 10.01.2021].
- Vollmer, Lisa/Kadi, Justin (2018): Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien. Postneoliberaler Paradigmenwechsel oder punktuelle staatliche Beruhigungspolitik?, in: PROKLA 191/2, S. 247-264.
- Wacquant, Loïc (2007): Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality, in: Thesis Eleven (91), S. 66-77.
- Wohnberatung Wien (2019): Wiener Wohn-Ticket Allgemeines. <https://wohnberatung-wien.at/wiener-wohn-ticket/allgemeines> [Zugriff am 01.12.2019].

